

Antrag
der Fraktion der SPD

Beschäftigungswirksamer Solidarbeitrag

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das dem Tarifergebnis zugrundeliegende Ziel, durch Arbeitszeitverkürzung Raum für mehr Beschäftigung zu schaffen, im Rahmen des finanziellen Handlungsspielraums aufzugreifen. Zu diesem Zweck soll die Bundesregierung zunächst die durch den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst mit 2 % Lohnerhöhung für 1988 gegenüber der im Bundeshaushalt 1988 angesetzten 3,5 % Lohnerhöhung eingesparten Mittel für neue Stellen einsetzen. Er spricht sich außerdem für eine Übernahme der Arbeitszeitverkürzung auch auf den Beamtenbereich aus. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesländer auf, im Landesbereich entsprechend zu verfahren.
2. Der Deutsche Bundestag hält es für sinnvoll, daß die öffentlichen Arbeitgeber alsbald in Grundsatzgespräche mit den Gewerkschaften über eine solidarische und gerechte Weiterentwicklung der Besoldungs- und Tarifstruktur eintreten. Er sieht die Notwendigkeit, daß die Tarifparteien bis zu den nächsten Tarifverhandlungen über Fragen der Arbeitszeit überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, die Schaffung neuer Arbeitsplätze noch stärker in den Vordergrund zu stellen.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung ferner auf, den Bericht zur strukturellen Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 14. November 1985 vorzulegen und darin auch Überlegungen für eine solidarische und gerechte Weiterentwicklung der Besoldung aufzunehmen.
4. Der Deutsche Bundestag gibt seiner Erwartung Ausdruck, daß die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern auch mittels einer aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik zu einer grundlegenden Verbesserung der Beschäftigungssituation beitragen wird.
5. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß ebenso die privaten Arbeitgeber eine beschäftigungspolitische Verantwor-

tung tragen, zumal in weiten Bereichen der Wirtschaft ein steiler Anstieg der Gewinne zu verzeichnen ist, und appelliert an die Tarifvertragsparteien, im Rahmen des innerhalb der Tarifaufonomie gegebenen Gestaltungsspielraums zur Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit beizutragen.

Bonn, den 28. September 1988

Dr. Vogel und Fraktion